

Eva Welskop-Deffaa
Präsidentin

Referat Migration und Integration

Postfach 4 20, 79004 Freiburg
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon-Zentrale 0761 200-0

Ihre Ansprechpartner_innen:

Martin Beißwenger
Telefon-Durchwahl 0761 200-327
Telefax 0761 200-211
Martin.Beißwenger@caritas.de

Yana Gospodinova
Telefon-Durchwahl 030 284447-53
Telefax 0761 200-211
Yana.Gospodinova@caritas.de

www.caritas.de

Datum: 24.11.2021

Position des Deutschen Caritasverbandes

zur Situation an der polnisch- belarusischen Grenze

Aktuelle Situation

Die humanitäre Situation an der polnisch-belarusischen Grenze spitzt sich weiter zu. Immer noch harren mehrere Tausend Menschen auf belarusischer Seite unter menschenunwürdigen Bedingungen aus oder irren in den Wäldern verzweifelt und schutzlos umher. Die Versorgungslage und die hygienischen Bedingungen sind katastrophal. Kinder und schwangere Frauen, aber auch kranke, verletzte und behinderte Menschen leiden unter dieser Situation in besonderer Weise. Es wird berichtet, dass zwischenzeitlich mindestens ein Dutzend Menschen zu Tode gekommen sind und dass die belarusischen Soldaten willkürlich Gewalt gegen Migrant_innen, auch gegenüber Kindern, verüben. Aufgrund des in Polen ausgerufenen „Notstandes“ erhielten bisher weder Hilfsorganisationen noch Journalist_innen regulär Zutritt zu dem Grenzgebiet.

Polen lässt keine Menschen über die Grenze und verübt illegale Push-Backs, wenn es Personen dennoch gelingt, die Grenze zu überwinden. Personen, die um Asyl bitten, wird kein Zugang nach Polen gewährt, um dort ein reguläres Asylverfahren durchzuführen. Auch das ist illegal.

Belarus ließ die Menschen, die sich im unmittelbaren Grenzstreifen befinden, zunächst nicht mehr zurück in das Landesinnere. Belarus ist Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention, kommt aber seinen Verpflichtungen gegenüber den Menschen an der Grenze nicht nach und bricht damit Völkerrecht. Die Situation an der Grenze zu Polen entwickelt sich permanent weiter und lässt sich nicht immer unmittelbar verifizieren, da unabhängige Beobachter_innen und Journalist_innen nur eingeschränkt Zugang vor Ort haben. Das staatlich organisierte Schleusen von Migrant_innen durch Belarus hat mittlerweile eine Eigendynamik entwickelt. Es entstehen immer mehr sog. „Reisebüros“, die von organisierten Schleusernetzwerken betrieben werden und Menschen mit falschen Versprechungen in die Falle locken.

Zwischenzeitlich haben einige Airlines ihre Flüge nach Minsk auf Druck der Europäischen Union eingestellt. Der Irak hat angeboten, Iraker_innen, die in Belarus festsitzen, zurückzunehmen - mehr als 400 Personen sind bereits aus Belarus nach Bagdad zurückgekehrt. Gespräche mit anderen Staaten über die Rücknahme der Menschen werden derzeit durch die EU geführt, haben bislang aber nur teilweise zu Ergebnissen geführt. Die EU hat weitere Sanktionen gegenüber Mitgliedern des belarussischen Regimes verhängt.

Bekannt ist, dass auch Flüge über Moskau nach Minsk kommen. Der russische Präsident Putin spielt eine unklare Rolle im Hintergrund. Der Konflikt zwischen Polen und Belarus hat mittlerweile geopolitische Dimensionen angenommen. Russland demonstriert immer wieder seine militärische Macht gegenüber der Ukraine, den baltischen Staaten und Polen. Die NATO-Staaten Polen und Litauen reagierten ebenfalls mit Aufstockung ihrer militärischen Kapazitäten. Diese Spirale der Eskalation droht zu einer Destabilisierung der gesamten Region führen. Da der Konflikt das Potential hat, eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden, hat Frankreich bereits gemeinsam mit weiteren Staaten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen. Dieser hat zwischenzeitlich Belarus für sein Verhalten offiziell verurteilt.

Bewertung

Grundsätzlich sind die von der EU beschlossenen Sanktionen gegenüber dem Regime in Belarus zu befürworten, da sich die Europäische Union nicht erpressen lassen sollte.

Die Haltung der polnischen Regierung erklärt sich dadurch, dass diese sich nicht von der EU bevormunden lassen will. Die Regierung in Warschau will die Situation innenpolitisch nutzen, indem sie sich als Schutzwall gegenüber Migrant_innen inszeniert. Daneben hat Polen Sorge, von den anderen EU-Mitgliedstaaten aufgrund der seit Jahren fehlenden Solidarität bei der Verteilung von Flüchtlingen und Migrant_innen auf andere Mitgliedstaaten im Stich gelassen zu werden. Es ist momentan nicht zu erwarten, dass Polen oder Belarus aus eigenem Antrieb die Situation entschärfen werden. Fraglich bleibt, ob und wann die Sanktionen und die Unterbrechungen der Flugrouten zum gewünschten Erfolg führen werden.

Für die festsitzenden Menschen kann und wird es aller Voraussicht nach dann allerdings schon zu spät sein, da die jetzige Situation bereits katastrophal ist und humanitäre Hilfe nicht länger aufgeschoben werden kann. Um humanitäre Hilfe zu ermöglichen und Hilfsorganisationen Zugang zu dem „Notstandsgebiet“ zu verschaffen, bedarf es verschiedener Maßnahmen.

Positionen

- Hilfsorganisationen müssen umgehend Zugang zu den notleidenden Menschen im Grenzgebiet in Polen und Belarus erhalten. Adäquate Unterbringung und humanitäre Versorgung muss sofort sichergestellt werden. Ein Zuwarten ist für die Menschen angesichts der katastrophalen Situation an der polnisch-belarussischen Grenze nicht akzeptabel.

- Der Zugang nach Polen zur Stellung eines Asylgesuchs muss ermöglicht werden. Andere EU-Staaten sollten bei bereits aus Belarus über Polen weitergewanderten Asylsuchenden gegebenenfalls von ihrem Selbsteintrittsrecht zur Durchführung der Asylverfahren Gebrauch machen.
- Um den Menschen an der belarusisch-polnischen Grenze schnellstmöglich zu helfen ist es notwendig, zumindest besonders verletzte Personengruppen in der Europäischen Union aufzunehmen. Eine Aufnahme ist nur umsetzbar, wenn sich mehrere EU-Staaten bereit erklären Menschen aufzunehmen, Polen solidarisch bei der Aufnahme zu unterstützen und gegebenenfalls mit UNHCR in Belarus zusammenzuarbeiten. Deutschland spielt hier eine entscheidende Rolle. Deutschland sollte vorangehen und erklären, ein bestimmtes Kontingent Gestrandeter aus humanitären Gründen aufzunehmen.
- Dem erpresserischen Regime in Belarus muss durch Sanktionen gegenüber Regimeangehörigen und Sanktionen gegenüber sich an der Schleusung beteiligenden Fluggesellschaften, Organisationen oder Staaten deutlich gemacht werden, dass die EU kein Spielball skrupelloser Machthaber ist.
- Grundsätzlich sind Vereinbarungen mit Drittstaaten zur Migrationskontrolle kritisch zu sehen. Sollten aber Vereinbarungen der EU mit Drittstaaten zur Rücknahme von Migrant_innen oder zur Verhinderung der Anreise nach Belarus getroffen werden, müssen diese in jedem Falle internationalen Menschenrechtsstandards genügen. Im Hinblick auf Schutzsuchende muss die Einhaltung des Gebots der Nicht-Zurückweisung nach der Genfer Flüchtlingskonvention sichergestellt werden.
- Gleichzeitig braucht es flankierende diplomatische Maßnahmen, um die geopolitische Dimension des Konfliktes und die damit verbundene Eskalationsspirale zu stoppen. Der Konflikt kann letztlich nur durch Verhandlungen eingedämmt werden, nicht durch militärische Drohungen.

Freiburg, 24. November 2021

Deutscher Caritasverband e.V.

Eva-Maria Welskop-Deffaa
Präsidentin